

## Erläuterungen zur Tagesordnung:

### **Zu TOP 2: Bericht der Verwaltung**

Nach intensiver Vorbereitungszeit durch die Projektgruppe „Stadt ohne Rassismus“ erhält die Stadt Rheine am 06. Juli durch die Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage - den Titel „Rheine ohne Rassismus – Rheine mit Courage“.

Rheine wird damit bundesweit die sechste Stadt, die dieses Zertifikat bekommt.

Unter dem Motto „ Projekt Toleranz – setz dich ein!“ findet vom 02. Juli bis 06. Juli eine stadtweite Aktionswoche mit verschiedenen Veranstaltungen statt.

Frau Wiggers wird das geplante Programm vorstellen.

### **Zu TOP 3: Entwicklungen und Aktionen im Themenfeld „Mobbing“**

In der letzten Sitzung des Unterausschusses hat Herr Börger die Verwaltung um Auskunft über Aktivitäten im Themenfeld „Mobbing“ gebeten. Bei der schriftlichen Beantwortung seiner Anfrage wurde deutlich, welchen Umfang die Aktivitäten in diesem Themenfeld bereits angenommen haben.

Die starke Zunahme von Aktivitäten in diesem Themenfeld zeigt, dass sich hier eine sehr aktuelle Problematik im Bereich Jugendschutz handelt.

Frau Besseling wird die Entwicklung der Aktivitäten in der Sitzung vorstellen.

### **Zu TOP 4: Einrichtung einer Lenkungsgruppe zur Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendförderplanes**

Der Jugendhilfeausschuss hat den Antrag des Stadtjugendringes Rheine e.V. vom 10. Februar 2012 auf Einrichtung einer Lenkungsgruppe zur Weiterentwicklung des kommunalen Kinder- und Jugendförderplanes in seiner Sitzung am 8.3.2012 zur Beratung an den Unterausschuss „Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und Kindertagesstätten“ verwiesen.

Die Verwaltung hatte vorgeschlagen, diesen Antrag anzulehnen und die Thematik im Unterausschuss „Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und Kindertagesstätten“ zu beraten. Die Verwaltung wurde beauftragt, gemeinsam mit dem Stadtjugendring ein möglichst einvernehmliches Verfahren vorzuschlagen.

Als Ergebnis wird folgender Vorschlag unterbreitet:

- Die Beratung des Kommunalen Kinder- und Jugendförderplanes soll im Unterausschuss „Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und Kindertagesstätten“ erfolgen.

- Die Verwaltung wird in Kooperation mit dem Stadtjugendring zu den inhaltlichen Schwerpunkten des Förderplanes die jeweils zu beteiligenden Akteure aus der Jugendarbeit einladen und die Beratungsergebnisse dokumentieren.
- Akteure aus diesen Vorberatungen werden zu Sitzung des Unterausschusses „Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und Kindertagesstätten“ eingeladen, in der die jeweilige Thematik beraten wird. Der Stadtjugendring hält es für sinnvoll und notwendig, diese Form „Expertenanhörung“ als Dialog zwischen Jugendarbeit und Politik zu ermöglichen.
- Die Ergebnisse der Beratung werden dokumentiert, die Verwaltung wird dann zur folgenden Sitzung eine Beschlussvorlage zu der jeweiligen Thematik fertigen.
- Insgesamt werden bis Mitte 2014 voraussichtlich 7 Sitzungen des Unterausschusses stattfinden. Es wird vorgeschlagen, dieses Verfahren in den beiden noch folgenden Sitzungen 2012 mit den Themen „Richtlinien der Jugendarbeit“ und „Jugendarbeit und Schule“ zu erproben.

## **Zu TOP 5: Projekt „KidS“ – Kommunalpolitik in die Schulen**

In den beiden voran gegangenen Sitzungen wurde über die Thematik bereits intensiv diskutiert und offene Fragen benannt, die noch einer weiteren Klärung bedurften.

Dazu gehörten:

- Das erforderliche Zeitbudget der beteiligten Ratsmitglieder für die Betreuung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dem Projekt.
- Das Verfahren zur Auswahl der Schulen.
- Folgen einer möglichen Ausweitung des Projektes auf weitere Schulen.
- Die Ressourcen innerhalb der Verwaltung für das Projekt.

Die Recherchen bei den Städten und Gemeinden, die das Projekt bereits durchgeführt haben, zeigen ein sehr differenziertes Bild, sowohl was den zeitlichen Umfang als auch die organisatorische Anbindung innerhalb der Verwaltung betrifft. Übertragbare Aussagen sind daher nicht seriös zu treffen.

Unter diesen Voraussetzungen wäre eine Kooperation mit professionellen Organisationen, wie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die das „Planspiel Kommunalpolitik“ in Rheine bereits einmal erfolgreich durchgeführt hat, für die zu beteiligenden Politikerinnen und Politiker eine Option, da der Zeitbedarf genau abgesprochen werden kann.

Fakt ist, dass auch in der Verwaltung Personaleinsatz erforderlich sein wird. Dies gilt für die Kontaktvermittlung zu den Schulen und zu den Ratsmitgliedern, als auch für die Organisation der „Ratssitzung“ zum Abschluss des Projektes.

Im Fachbereich Jugend, Familie und Soziales stehen dafür aktuell keine Personalressourcen zur Verfügung.

Aus diesem Grund schlägt die Verwaltung vor, das Vorhaben zunächst nicht weiter zu verfolgen.